

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonntag.

Inserate:
für den Raum
einer
kleinsten Seite
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoncen-Aufnahme in der Expedition bis Mittag 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers.

A. C. Die neuen Minister sind bis auf den Grafen Stolberg in ihre Ämter eingewiesen; aber von ihrer Arbeit wird man, da der preussische Landtag geschlossen ist, vorerst wenig in der Öffentlichkeit hören. Die liberale Partei zeigt es seitdem in ihrer Presse wie im Parlamente immer deutlicher, daß sie dem Reichskanzler grollt. Sie drohen demselben mit dem Verlust seiner Popularität, wenn er sich von ihnen trennen würde. Allein für den Reichskanzler scheinen jetzt die Parteifragen mehr wie je im Hintergrunde zu stehen. Er sieht die üble wirtschaftliche Lage des Landes und das Deficit des Reiches und sagt sich: hier muß geholfen werden. Dem Reiche sind als Einnahmequellen die Zölle und indirecten Steuern überwiesen; deshalb hat das Reich auch die Pflicht, diese Steuern so auszubilden, daß es damit möglichst ausreicht und die Matricularbeiträge, welche, weil sie nach der Kopfzahl der Bevölkerung aufgeschlagen werden, an vielen Stellen so drückend empfunden worden, aufgehoben werden könnten. Soll das geschehen, so müssen die indirecten Steuern und Zölle erweitert bez. erhöht werden. Denn nur dann kann das Reich auf die Matricularbeiträge verzichten und kann dazu beitragen, daß in den Einzelstaaten nach Wegfall der Matricularbeiträge manche Steuern den Communen oder Kreisen überlassen werden können. Außerdem erscheint die Erhöhung bestehender und Einführung neuer Eingangszölle für ausländische Waaren im Interesse unserer Industrie und Landwirtschaft unumgänglich nöthig. Man erkennt immer mehr, daß bei dem reinen Freihandel unsere deutsche Industrie und Landwirtschaft dem Auslande gegenüber nicht bestehen kann, weil das Ausland vielfach unter ungünstigeren Bedingungen producirt, als es bei uns möglich ist. Wir erinnern nur an die viel günstiger gestellte englische Industrie und an die russische und ungarische Landwirtschaft. Die Freihändler haben zwar immer gesagt: wer die Concurrenz des Auslandes nicht aushalten kann, mag untergehen, wir kaufen da, wo wir die Waaren am billigsten bekommen können. Allein das ist ein in seiner Allgemeinheit falscher Grundsatz. So geht unser Geld in's Ausland, und im Innern wird nichts verdient. Kann unsere Industrie im Inlande mit der ausländischen nicht concurriren, so vermag sie es bei dem Export ihrer Waare im Auslande noch viel weniger. Wenn man nichts verdient und einnimmt, sondern immer nur ausgiebt, so muß man verarmen. Das muß ein Land, welches nach dem reinen Freihandels-System seine Waaren im Auslande kauft und seine eigene Industrie und Landwirtschaft darben läßt. Man schätzt die Summe, um welche wir in den letzten 6 Jahren auf diese Weise mehr im Auslande, als das Ausland bei uns gekauft hat, um welche Deutschland also ärmer geworden ist, auf 6 Milliarden! Jedes Jahr um eine Milliarde ärmer, — welches Land könnte das aushalten? — Man darf sich also nicht wundern, wenn der Reichskanzler wirklich, wie jetzt erzählt wird, die Absicht habe, dem Bundesrathe die Wiedereinführung der Eisenzölle, ferner neue Einfuhrzölle auf Verbrauchsartikel, wie Vieh, Getreide, Petroleum und dergleichen, vorzuschlagen. Außerdem spricht man auch davon, er beabsichtige neben dem Tabakmonopol auch das Zuckermopol einzuführen, so daß also auch die Zuckerindustrie in den Staatsbetrieb übergehen würde. Was daran Wahres ist, lassen wir dahingestellt. Vielleicht ist das Gerücht von dem Zuckermopol nur erfunden, um von dem Tabakmonopol schon durch die Furcht vor den Consequenzen abzuschrecken. Uebrigens scheinen die Aussichten auf das Tabakmonopol auch ohne dies geringer zu werden. Eine Vorlage über Wiedereinführung der Eisenzölle soll bald zu erwarten sein. In einer deshalb an den Reichstag gerichteten Petition hat der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller eine Zusammenstellung der Geschäftsergebnisse von 125 Actiengesellschaften der Eisen- und Stahlindustrie nach den Ergebnissen des Jahres 1877 beigelegt. Nach dieser Zusammenstellung haben im Jahre 1877, bez. im Geschäftsjahre 1876/77 55 Hütten- und Walzwerke mit einem Actien-capital von 327,005,860 Mk. zusammen eine Unterbilanz von 25,399,267 Mk., daher einen Verlust von 7,77 pCt. erzielt; in 51 Werken sind, im Vergleich mit dem Jahre 1873, 20,805 Arbeiter (29,4 pCt.) weniger beschäftigt und pro Monat 2,307,016 Mk. (42,5 pCt.) an Arbeitslöhnen weniger gezahlt worden. Das durchschnittliche Arbeitslohn pro Monat betrug in 1875 76,5 Mk., in 1877 nur 62,2 Mk. Der Verein will die Meinung, daß die Hauptschuld an dieser Lage der Eisen-

industrie den Gründungen der Jahre 1871—1872 zuzuschreiben sei, nicht gelten lassen.

Ähnliche Zahlen könnte man offenbar auch aus den anderen Industriebranchen und auch aus der Landwirtschaft aufstellen. Das Jahr 1873 war allerdings auch kein Normaljahr, weil es noch in die Gründerperiode gehörte, wenn dieselbe auch schon im Niedergang begriffen war. Allein das steht auch ohne diesen Vergleich fest, daß wir in einer wirtschaftlichen Nothlage leben, welche dringend der Abhilfe bedarf. Wenn die Zölle auf ausländische Waaren dabei auch eine große Rolle spielen, so kommen doch auch viele andere Factoren in Betracht, deren Abhilfe durch eine gute Revision unserer Gewerbeordnung anzustreben sein wird.

Tagesgeschichte.

— Zur Orientkrise. Fürst Gortschakoff hat am 7. ds. das europäische Rundschreiben des Lord Salisbury gleichfalls durch ein Rundschreiben an die Mächte beantwortet. Die Petersburger „Agence russe“ nennt es ein Promemoria an die Mächte, in welchem die Einwendungen Salisbury's Punkt für Punkt mit großer Mäßigung beantwortet werden. Diesem Promemoria sei ein kurzes Begleitschreiben beigelegt, welches das Londoner Kabinet auffordert, seine Vorschläge zu formuliren. Der bereits mitgetheilte Artikel des „Journal de St. Petersburg“ vom 9. d. sei die Quintessenz dieses bemerkenswerthen Aktenstückes, welches beweise, daß Rußland „durch den Vertrag von San Stefano keineswegs beabsichtige, Europa bei Seite zu schieben.“ Das Aktenstück soll ein äußerst umfangreiches sein und schließt mit der Erklärung, daß die Depesche Lord Salisbury's keine Antwort auf die Fragen in Betreff der christlichen Bevölkerung in der Türkei und in Betreff der von Rußland gebrachten Opfer enthalte. Die Erwägungen, zu denen diese Fragen Anlaß gäben, würden am natürlichsten die volle Freiheit der Appreziation und Aktion gefunden und dazu Veranlassung gegeben haben, daß an die Stelle der Einwendungen dagegen praktische Vorschläge getreten wären von solcher Art, daß das Einvernehmen für eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten gesichert worden wäre. Das allgemeine Interesse erheische eine feste und dauerhafte Pazifikation im Orient. — Die Londoner Journale besprechen bereits die Note des Fürsten Gortschakoff. Die „Times“ sagt, das Dokument offenbare den sichtlichen Wunsch, eine friedliche Lösung zu sichern, und die Bereitwilligkeit, die durch den Friedensvertrag aufgeworfenen Fragen ehrlich zu diskutieren. Der Kongreß sei allein kompetent, über die Gültigkeit des Vertrages zu entscheiden. Deshalb sollte die Circulardepesche des Marquis von Salisbury und die Antwort Rußlands dem Urtheile Europas unterbreitet werden. Der „Standard“ ist abweichender Meinung, warnt aber davor, Gegenanschläge zu machen; das sei eine Falle, in welche England nicht gehen dürfe. Europa, nicht England habe über den Friedensvertrag zu entscheiden.

— In Kiel soll in den ersten Tagen des Mai die neugebaute Panzerfregatte, welche den Namen „Bavaria“ erhalten wird, vom Stapel gelassen werden. Der Chef der Admiralität, Minister v. Stosch, wünscht, daß, als eine besondere Aufmerksamkeit gegen den König von Bayern, die Taufe des Schiffes in Anwesenheit des Reichstages und womöglich durch dessen Präsidenten v. Fockenberg vollzogen werde. Von Kiel soll alsdann die Fahrt nach Lübeck gehen, woselbst bereits ein Comité privatim den Reichstag zu einem Dejeuner eingeladen hat; alsdann soll die Tour zu Wasser nach Bismarck fortgesetzt und von dort nach Schwerin gerichtet werden, woselbst dem fahrenden Reichstage besondere Ueberraschungen bevorstehen. Das ist das Reiseprojekt, für welches indes bestimmte Dispositionen noch nicht getroffen sind.

— Aus der Schweiz schreibt man: Veranlaßt durch die lebhafte von mehreren Zeitungen gebrachten beunruhigenden Nachrichten schweizerischer Ursprungs in Bezug auf den Fortgang des Tunnelbaues bei der Gotthardbahn, die sich sogar bis zu der Behauptung verfliegen, daß die ganze großartige Arbeit gefährdet wäre, da man unter seerartigen Wasserklüften angekommen sei, deren Durchbruch befürchtet werden müsse, ist bei der Gotthardbahndirection direkt angefragt worden. Von derselben ist nun nachfolgende telegraphische Rückantwort eingetroffen: „Uebervorsene Feldpartie in Airolo, worin der Stolla seit fünf Mo-